

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Erchein:

wöchentlich mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmitt für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Postlagen. Rund um den Erdball, Frühliche Welt, Land- und Hauswirtschaft, Frauenwelt, Unterhaltungsbeilage, Unterhaltung und Wissen.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechsgepaltene 8 mm hohe (Netto-)Zeile oder deren Raum mit 15 Bsp. berechnet; auswärts 20 Bsp. Bei Wiederholung entsprechend Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Bsp. Verbindlichkeit für Platz, Anzeigenschein und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postfachkonto Frankfurt a. Main Nr. 20771.

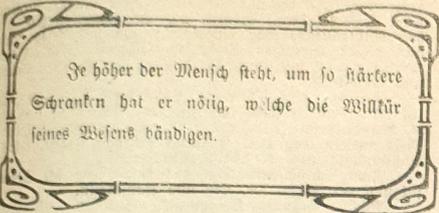
Annahmehgebühr für Offerten und Auskunft beträgt 15 Bsp. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdrucker Hugo Munzer für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 27.

Sonntag, den 3. März 1929

22. Jahrgang.



Je höher der Mensch steht, um so härtere Schranken hat er nötig, welche die Willkür seines Wesens bändigen.

## Von Woche zu Woche.

Handbemerkungen zur Zeitgeschichte.

# „Sind sie echt oder nicht?“ Das war die Frage, die — auf die enthielten belgisch-französischen Geheimabmachungen angewandt — in den letzten Tagen alle Welt in Aufregung hielt. Im englischen Unterhaus erwiderte Lord Lampton stolz und überheblich so, in Brüssel und Paris dementierte man, stritt man es, und fand doch keinen Glauben. Die Welt hat schon zu schlimme Erfahrungen mit Dementis gemacht. Es ist vorgekommen, daß fremde Regierungen Veröffentlichungen über geheime Abmachungen mit wogenerfundenen Ausdrücken als Fälschungen gebrandmarkt haben und daß dann einige Monate später trotzdem die Ereignisse eintraten, die in den „Fälschungen“ angekündigt worden waren!

Es gibt nur eine Möglichkeit, restlose Klarheit zu schaffen: die Veröffentlichung der Originale der belgisch-französischen Abereinkommen, deren Echtheit an sich von niemand bestritten wird!

Die Enthüllungen des „Ulrechtischen Dagblads“ werfen ein helles Licht auf Vorgänge, die zwar längst bekannt sind, die wir aber erst jetzt in ihrer Gesamtheit überschauen können. Der Grundstein zu dem französisch-belgischen Militärpakt wurde gelegt, als Marjall sich nach der Weigerung Amerikas, Garantien für Frankreich zu leisten, 1919 daran ging, Deutschland militärisch einzufreien. Im Laufe der Jahre schloß Frankreich dann Militärabündnisse mit Belgien, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und Süditalien. Doch sämtliche Mitglieder der Kabinette von den Abmachungen der Generalfüße geyuht haben wollen, ist sehr unwahrscheinlich. Trotzdem sind natürlich gerade militärische Abmachungen von größter Bedeutung und geeignet, die Kabinette in eine Zwangslage zu bringen.

Die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls fällt in das Jahr 1927, also in eine Zeit, in der Deutschland längst Mitglied des Völkerbundes war, in der die Sonne von Thoiry so prächtig aufging, in der Deutschland und Belgien vertrauliche Verhandlungen über die Beilegung aller Differenzen führten und in der sogar von der Rückgabe Eubens-Massedis gesprochen wurde. Dann aber zerriß der belgische Kriegsminister de Broqueville mit einer schlimmen Rede über die Frankfurterfrage jäh alle Fäden. In Paris kam Poincaré wieder an die Macht, in Brüssel enthielt man ein Denkmal für den unbekanntem französischen Soldaten, und in Vpern ein solches für die Engländer. In London stateten Grand und Präsident Doumergue einen Staatsbesuch ab, und in Brüssel tagten der französische und belgische Generalfstab in gemeinsamer Sitzung. War 1927 nicht auch das Jahr, in dem die Entente eine Wiederbelebung erfuhr?

Es spricht somit vieles dafür, daß die Generalfstab tatsächlich etwas Ähnliches wie das, was in dem enthielten Pakt steht, vereinbart haben. Die Spitze gegen Holland findet darin ihre Erklärung, daß Belgien über die Abtretung der Scheldemündung von Holland erlangen konnte — in Versailles hat man die Holländer dafür mit deutschen Landesteilen entschädigen wollen — nach die Freigabe der Schelde und ihrer Kanäle für belgische Kriegsschiffe. Erinnert man sich, daß Deutschland im Versaillesvertrag verpflichtet ist, nach der Einigung Hollands mit Belgien — vorausgesetzt, daß sie in bestimmter Frist erfolgt — den Rhein in „Maas-Kanal“ zu bauen, dann hält es nicht schwer, in der belgischen Schelde einen Anknüpfungspunkt zu sehen, der direkt in das Herz des Ruhrgebietes führt. Jehn Jahre haben Holland und Belgien verhandelt, ohne Erfolg, und inzwischen veröffentlichte Brüssel ein Brief.

In Paris verhandeln die wirtschaftlichen Sachverständigen der Welt über eine vernünftige Lösung der Reparationsfrage. Kann eine solche Einigung erzielt werden, wenn in Europa Wärrauen und

Ulrecht herrschen, wenn Frankreich seine Heeresausgaben von 1,9 Milliarden Goldfranken im Jahre 1919 auf 2,3 im Jahre 1929 erhöhte, wenn Deutschland 8 Prozent seiner gesamten Staatsausgaben für Heereszwecke verwendet und Polen 35?

Die Völker haben alle Veranlassung, den belgischen und französischen Generalen auf die Finger zu sehen. Die Ulrecht ist da, sie wird solange vorherrschen wie man in Paris nur von „Fälschungen“ spricht, nicht aber damit herauskommt, was denn wirklich vereinbart worden ist. Deutschland aber hat an dieser Klarstellung ein ganz besonderes Interesse. Wir warten darauf, daß die ehemaligen Alliierten uns auf dem Weg der Abrüstung folgen, damit die Gefahren gebannt werden, die daher rühren, daß wir auf einer Grenzstrecke von 100 Kilometern zwei schwere, sieben leichte und 28 Maschinengewehre aufsfahren können, während Frankreich die gleiche Strecke mit 250 schweren und 260 leichten Geschützen und 5760 Maschinengewehren besetzt hat!

## Das Ulrechter Dokument.

Neue Enthüllungen. — Der volle Wortlaut des Dokumentes veröffentlicht. — Die Namen der Unterzeichner.

In Beantwortung der belgischen, französischen und englischen Dementis hat das „Ulrechtische Dagblad“ nunmehr das Dokument über den belgisch-französischen Militärpakt im vollen Wortlaut veröffentlicht. Das Dokument ist datiert: Brüssel, 20. September 1927 und trägt den Vermerk: „streng vertraulich“. Am Kopf des Dokumentes steht: „Ministerium der Nationalen Verteidigung, Ministerium für Landesverteidigung, Generalstab, Dritte Sektion. Nr. C. B. 17442“ und dahinter „französisch-belgische Generalstabsbesprechungen vom 7. bis 12. September 1927 und Protokoll.“

Danach heißt es: „Im Anschluß an das französisch-belgische Militärabkommen vom 7. September 1920, genannt „Convention de Bruxelles“, und zwar zu Artikel 6, haben in Brüssel am 7., 8., 9., 11. und 12. September 1927 Besprechungen stattgefunden, an denen die folgenden Beauftragten teilgenommen haben: für Frankreich General Debeney, Chef des Generalstabs, General Vincaux, Unterchef des Generalstabs, General Davier, Militärattaché bei der französischen Gesandtschaft in Brüssel; für Belgien: General Galet, Generalstabschef, Oberst Michem, Chef der 3. Abteilung des Generalstabs, stellvertretender Unterchef des Generalstabs, Oberst van den Bergen, Chef der 1. Abteilung des Generalstabs. Das Amt des Schriftführers ist dem Oberst B. M. Etienne, dem Kommandanten des Grenadierregiments in Brüssel, übertragen worden. Auf Vorschlag des Generals Davier kamen die Beauftragten überein, genau in derselben Weise vorzugehen, wie bei den vorhergehenden Besprechungen von 1921 bis 1926 und so dem Text des Abkommens vom 7. September 1920 zu folgen, um die erforderliche Richtigkeit und Verbesserungen anzubringen.“

Aus der Veröffentlichung ergibt sich, daß es sich nur um ein einziges Dokument handelt, das sich in die bereits bekannten acht Artikel gliedert; die Auslegungsbestimmungen schließen sich jedem Artikel unmittelbar an. Bei Artikel 1 heißt es als Erklärung zu dem Ausdruck „Kriegszustand“: „Weder Frankreich noch Belgien haben Angriffsabsichten gegen irgendeinen Staat. Aber die Verteidigungspolitik könnte die Notwendigkeit einer militärischen Offensive mit sich bringen.“ Das Dokument trägt am Schluß die Unterschriften des Leiters des französischen Generalstabs Debeney, des Leiters des belgischen Generalstabs Galet und des belgischen Ministers für Landesverteidigung de Broqueville, sowie den Vermerk: Für gleichlautende Abschrift (certifié conforme) Michem.

## Regierungskrise in Belgien?

Die belgische Regierung ist durch die neue Veröffentlichung in eine sehr schwierige Lage gekommen. Öffentlich wurde die neue Enthüllung zwar sofort mit einem neuen Dementi beantwortet, doch finden diese Ablegungen nirgends Glauben. Es ist daher möglich, daß sich infolge der Veröffentlichungen des „Ulrechtischen Dagblads“ eine Kabinettskrise in Belgien entwickelt.

Der deutsche Gesandte in Brüssel, Dr. Horstmann, hatte eine Unterredung mit dem belgischen Außenminister Hymans, über deren Inhalt strenges Stillschweigen gewahrt wird. Man glaubt jedoch in der Annahme nicht fehlzugehen, daß es sich um die Veröffentlichung des französisch-belgischen Militärabkommens gehandelt hat.

## Polens Pläne gegenüber Danzig.

12 Zeitfäße einer polnischen Zeitschrift. — Wie Danzig gewonnen werden soll.

Wie aus Genf berichtet wird, zirkuliert dort in diplomatischen Kreisen eine polnische Zeitschrift, die auf 30 Schreibmaschinenseiten das Verhältnis zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen behandelt. In 12 Zeitfäßen zieht der Verfasser die Schlussfolgerungen seiner Ausführungen, die im wesentlichen folgenden belagen:

Mit der wachsenden Macht Deutschlands wird der Druck der deutschen Politik auf Polen zwecks Wiedergewinnung des Korridors und der Freien Stadt Danzig wachsen. Diesen Druck muß Polen zu variieren suchen durch eine psychologisch fundierte, in wirtschaftliches Gewand gehüllte Politik, durch die die Bewältigung des Korridors und der Freien Stadt Danzig dazu gebracht wird, die deutschen Absichten auf Revision der in Frage kommenden Bestimmungen des Versailleser Vertrages als für sich selbst unvorteilhaft abzulehnen. Während im Korridor das deutsche Element zurückzuführen ist, muß in der Freien Stadt Danzig aus taktischen Gründen jeder Angriff gegen die deutsche Kultur unterbleiben. Unter ausdrücklicher Deutung aller politischen Nebenabsichten muß Polen immer wieder die Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Interessen zwischen Danzig und Polen hervorheben.

Im übrigen wird in den Zeitfäßen noch verlangt, Danzigs Wirtschaft mit der polnischen materiell zu verbinden, die

## Angleichung der beiderseitigen Währungen

zu erstreben, die Danziger Presse in Schach zu halten, und selbstverständlich fehlt es auch nicht an — übrigens reichlich haben — Maßnahmen, die innerpolitischen Kämpfe für Polen auszunutzen. Auf diese Weise, so meint der Verfasser, werde jedes Jahr, das vergehe, Danzig mit seiner Wirtschaft fester an Polen fetten; die Zeit „arbeite für Polen“. Für die Aufgabe der eigenen Währung empfiehlt die Zeitschrift, Danzig die Verlegung der Munitionsverladungen nach Gdingen anzubieten.

Den Verfasser der Zeitschrift darf man wohl in einer Persönlichkeit sehen, die den polnischen Regierungskreisen nahesteht. Die in der Zeitschrift zum Ausdruck gelangende Tendenz, die ehemals reichsdeutsche Stadt hauptsächlich durch wirtschaftliche Maßnahmen immer enger an Polen zu fetten, entspricht durchaus der von den polnischen Delegationen beim Völkerbund in der letzten Zeit eingenommenen Haltung. Die Zeitschrift zeigt, daß auch äußerliches Entgegenkommen und Ministerbesuche nicht Ausfluß der Sympathie sind, sondern einer wohlbedachten Taktik entsprechen, deren einzelne Phasen man seit der Niederschrift dieses Dokumentes in mancherlei Maßnahmen der polnischen Regierung gegenüber Danzig deutlich erkennen kann.

## Wilhelm von Bode †.

In Berlin ist der deutsche Kunsthistoriker der Preussische Direktor der Berliner Museen, Dr. Ing. h. c. Heinrich Wilhelm von Bode im 84. Lebensjahre gestorben.

Wilhelm von Bode wurde am 10. Dezember 1845 in Koldörbe im damaligen Herzogtum Braunschweig geboren. Seine Studien bezogen sich auf das Gebiet der Archäologie und Kunstgeschichte. 1890 wurde er alleiniger Direktor der Berliner Gemäldegalerie.

Aus kleinen Anfängen schuf Bode dann in jahrelangem zehnteljähriger Arbeit die große Sammlung der Berliner Museen. Am 1. Dezember 1905 wurde er zum Generaldirektor der Kgl. Museen berufen.

Bodes großes Verdienst liegt in seiner genialen organisatorischen Tätigkeit begründet. Das ganze Kunstgebiet unterzog er seinen meisterlichen Forschungen. Er schuf u. a. die Sammlungen italienischer Plastik, der wundervollen Bronzen und der kostbaren arabischen und nordorientalischen Keramiken. Seine Ar-

Welt auf wirtschaftlicher Gebiet ist von weit-  
umfassender Bedeutung.

Am 27. Januar 1914 wurde er von Wilhelm II.  
in den Adelsstand erhoben.

### Anschlusskündigung in Wien.

Die Befreiung aller Anschlusskündigungen das Ziel  
der österreichischen Außenpolitik.  
Der Gau Wien des Deutschen Turnerbundes ver-  
anknüpfte einen Vortragabend über die Frage des  
Anschlusses. Der Bundesminister für Justiz, Dr.  
S. L. L. führte aus, die österreichische Außenpolitik  
habe alle Wege vorzubereiten, die zum Anschluss füh-  
ren, alle Hindernisse wegzuräumen und alle einseitigen  
Bindungen zu vermeiden, die dem Anschluss im  
Wege stehen könnten.

### Ein Dorf im Schnee begraben.

25 Menschen verhungert.  
In Kroatien ist das Dorf Zovaje bei Karstadt  
infolge der riefigen Schneefälle seit einem Monat völ-  
lig von der Außenwelt abgeschnitten.  
Sechsen ist es gelungen, den Weg zum Dorf frei-  
zumachen. Den Anwohnern bot sich ein furchtbarer  
Anblick. Die Dorfbewohner hatten sämtliche Lebens-  
mittel aufgezehrt und lagen schwach und erschöpft in  
ihren Betten. 25 Personen waren bereits verhungert.

Von Karstadt ist sofort eine Expedition mit Le-  
bensmitteln nach Zovaje aufgegeben, um die Ueber-  
lebenden zu retten.

### Dammbruch bei Agram.

Infolge des warmen Wetters hat sich das Eis  
der Sade mit rasender Schnelligkeit in Bewegung ge-  
setzt. In der Nähe von Agram brach der Damm und  
die Wogen stürzten sich mit riesigen Eismassen auf  
ein Dorf, dessen Bewohner auf die Dächer flüchteten.  
Sie riefen verzweifelt um Hilfe, doch war es un mög-  
lich, ihnen zu helfen. Militär macht zur Zeit den Ver-  
such, zu den Unglücklichen vorzudringen.

### Preußens Wohnungspolitik.

Hirtsfiebers Richtlinien. — Die Voraussetzungen für  
den Abbau der Zwangswirtschaft.  
— Berlin, den 28. Februar 1929.  
In der fortgesetzten zweiten Beratung des Wohlfahrts-  
haushalts erklärte beim Abschnitt Wohnungs- und  
Siedlungswesen  
Wohlfahrtsminister Dr. Hirtsfier,  
dass auch das Jahr 1928 uns in der Beseitigung der  
Wohnungsnot wieder ein Stück vorwärts gebracht habe.  
Während 1926 rund 130 000, 1927 rund 180 000 neue  
Wohnungen geschaffen worden seien, betrage diese Zahl für  
das Jahr 1928 etwa 186 000. Nicht minder erfreulich  
als die abermalige Vermehrung der Neubauwohnungen sei  
auch die Beschleunigung, dass am 1. Januar 1929 noch über  
96 000 Wohnungen im Bau begriffen gewesen seien. Wie  
sich die Bautätigkeit im neuen Jahre gestalten werde, lasse  
sich noch nicht übersehen.

In der Wohnungszwangswirtschaft  
sind keine grundlegenden Veränderungen zu verzeichnen ge-  
wesen, doch habe man gewisse Fortschritte erzielt. Ueber  
die Auswirkungen der bisherigen Verfügungsverordnungen sei  
zu sagen, daß die Freigabe der Geschäftsräume zu nennens-  
werten Schwierigkeiten auch im vergangenen Jahre nicht ge-  
führt habe. In Uebereinstimmung mit dem Wohnungs-  
ausschuss des Landtages werde zur Zeit geprüft, ob eine  
Heraufhebung der Grenzen der Gemeinden möglich sei, in  
denen von öffentlicher Wohnungsbewirtschaftung durch die  
Gemeinden abgesehen werden könne.

Beim weiteren Abbau der Zwangswirtschaft sei davon  
auszugehen, daß ein Abbau vor allem des Mieterschutzes  
erfolgen könne, wenn einmal die Mieter der Al-  
tenwohnungen und die der Neubauwohnungen dem allge-  
meinen Rechtsstand auf eine für das Wohlfahrt der freien

das Angebot von Wohnungen der Nachfrage einigermaßen  
entspreche. In diesem Ausmaß sei ein gewisser Mieterschutz  
von Wohnungen notwendig. Eine förmliche An-  
erkennung der Zwangswirtschaft komme daher nicht in Frage.  
Die Höhe würde ein hohes Niveau erreichen der Mieter  
sein. Um freieren werde die Zwangswirtschaft, vor allem  
der Mieterschutz, bei den Wohnungen der minderbemittelten  
Bevölkerungsklassen anzuheben zu erhalten sein.

Hg. Brünnmüller (Soz.) bezeichnet das Ergebnis der  
Wohnungsbaupolitik des Jahres 1928 als erfolgreich. Vor  
allem gelte es, den Bau von Kleinwohnungen zu fördern.  
Die Haussteuer könne nicht entworfen werden.

Hg. Bone (Dnt.) unterzieht die Wohnungspolitik  
der letzten zehn Jahre einer Kritik. Die Wohnungspolitik  
sei für die Wohnungswirtschaft absolut ungeeignet. Mit der  
teilweisen Aufhebung der Zwangswirtschaft habe man gute  
Erfahrungen gemacht.

Nach längerer Debatte, in der noch zahlreiche Abge-  
ordnete zu dem Etatkapitel Stellung nehmen, verlas  
sich das Haus.

### Fragen der Verfassungsreform.

Die Behandlung der Mißtrauensvoten. — Wie sind  
die Ausgaben zu droffen?  
— Berlin, den 28. Februar 1929.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des  
kommunistischen Gegenentwurfes zum Schutze für Mutter  
und Kind. Der Verfassungspolitische Ausschuss hat den Ge-  
genentwurf abgelehnt, empfiehlt dafür aber eine Entschärfung,  
wonach der Reichstag wirksame Maßnahmen zum Schutze  
indererwähnter Familien für dringend erforderlich hält und die  
Reichsregierung ersucht, die in dem kommunistischen Antrag  
enthaltenen verfassungspolitischen Forderungen auf ihre ge-  
setzgebende, verwaltungsmäßige und finanzielle Durch-  
führbarkeit zu prüfen und entsprechende Gesetzesentwürfe vor-  
zubereiten.

Nachdem Hg. Höllein (Komm.) den Antrag seiner  
Fraktion wieder aufnimmt, sprechen sich Redner fast aller  
Parteien gegen die kommunistischen Vorschläge aus. Dabei  
wird darauf hingewiesen, daß auch der Bund der Kinder-  
reichen es abgelehnt habe, sich mit den kommunistischen  
Vorschlägen zu identifizieren.

Die Ausschussentscheidung wird angenommen; ebenso  
ein Ausführentwurf zu Gunsten der bürgerlichen Mitglieder.  
Nach Erledigung einiger Anträge folgt die erste  
Beratung des von der Deutschen Volkspartei eingebrachten  
Gesegenwurfes zur Veränderung der Reichsverfassung. Danach  
soll für einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung  
von einem Minister eine Zweidrittelmehrheit des Reichs-  
tags notwendig sein. Nur in Verbindung mit der Schluß-  
abstimmung über den Etat soll eine einfache Mehrheit ge-  
nügen. Daneben soll bestimmt werden, daß der Reichstag  
Ausgaben über den Etat hinaus nur mit Zustimmung  
der Reichsregierung und des Reichsrats bewilligen kann.  
Wenn in Laufe eines Jahres die Steuererträge  
den Vorschlag um 10 Prozent übersteigen, soll der Ueber-  
schuß zur Verminderung des Anleihebedarfs und zur Steuer-  
entlastung verwendet werden. Diese Grundsätze sollen Ringe-  
mäß auch bei den Ländern und Gemeinden Anwendung  
finden.

Hg. Dr. Zorn (D.V.) begründet den Antrag und  
verweist auf die immer langsamere Erledigung parlamenta-  
rischer Kräfte.

Hg. Dr. Vredt (Wirtsch.) erkennt die Reformbedürftig-  
keit des jetzigen Systems an, bezweifelt aber, daß der An-  
trag der Deutschen Volkspartei geeignet sei, die Mängel zu  
beseitigen.

Darauf wird die Beratung abgebrochen. Das Haus  
verlegt sich auf Freitag. Auf der Tagesordnung steht  
der Entwurf über den Schutz der älteren Angehörigen.

### Nachspiel zum Fall Kleier.

Beratung des deutschnationalen Mißtrauensantrages  
gegen den Innenminister.  
— Berlin, den 1. März 1929.

Der Preussische Landtag überweist heute zunächst ver-  
schiedene Anträge an die zuständigen Ausschüsse und stimmt  
dem Gegenentwurf über das bei Dittmarau zu errichtende  
Staubes in erster Lesung zu.

Es folgt die Beratung des deutschnationalen Miß-  
trauensantrages gegen den Innenminister, der unter Ein-

wies auf die Erregung eines Primars in seinem  
mit begründet, daß die milde Behandlung der famo-  
sitätigen Kampforganisationen durch den preussischen  
des Innern das politische Bedrohungen immer mehr  
wachsen läßt und die Sicherheit in Stadt und Land  
untergräbt.

### Innenminister Grzesinski

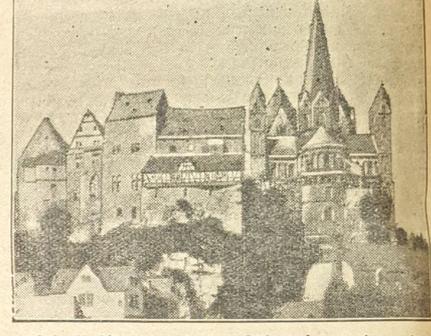
erklärt, wenn die Antragsteller aus der B. rdat in Berlin  
schließen, daß die Sicherheit durch angeblich zu milde Be-  
handlung der politischen Mächttätigkeiten untergraben sei, so  
das eine Unstimmigkeit, die durch nichts gerechtfertigt ist, so  
Wegen der die abschließende Ermittlung und Festnahme der Täter  
allein der schnellen und sorgfältigen Arbeit der Polizei zu-  
sammenthätiger Politik zu danken. Auch in vorangehenden  
allein der Polizei sehr intensiv tätig. Der Minister  
auf das Verbot des Berliner Polizeipräsidenten betreffend  
die Verarmungen unter freiem Himmel und Umzüge, was  
mit Recht den Befehl der breitesten Öffentlichkeit gefordert  
habe. Er, der Minister, müsse nicht, ab das Material  
einem Verbot des Berliner Polizeipräsidenten betreffend  
jedemfalls reiche es im Augenblick nicht mehr und nicht  
weniger aus, als das Material zum Verbot anderer zahlreicher  
Verbände. Der Minister hat, politische Auseinandersetzungen  
nur mit geistigen Waffen auszutragen und sich gegen  
diejenigen zu wenden, welche sich ohne Kräfte die Politik  
nicht vorstellen können.

In Begründung des Mißtrauensantrages erklärt Hg.  
Bord (Dnt.), die kommunistischen Organisationen ver-  
treten bewußt Mord und Totschlag. Hg. Frauen (Soz.)  
bezeichnet den Mißtrauensantrag als reinen Agitationsantrag.  
Hg. Dr. Schwerina (Komm.) bezeichnet den Mißtrauensantrag  
als reinen Agitationsantrag. Hg. Dr. Stendel (D.V.) behauptet  
daß auf der rechten und der linken sich Organisationen  
gebildet hätten, die mit Gewalt gegen einander vorgingen.  
Hg. Michel (Dem.) erklärt, die deutschnationalen hätten  
den Mißtrauensantrag eingebracht, um politischen Kampf  
aus dieser traurigen Sache zu schlagen. Hg. Schwab  
(Dnt.) wendet sich gegen das Schism der Minister Seering  
und Grzesinski.

Nachdem noch die Hg. Radenbeck (Wirtsch.), Hg.  
fid (Dt. Frak.), Hg. (Christl.-Nat. Bauernp.) und Hg.  
v. Wangenheim (Dt.-Hann.) ihr Einverständnis mit dem  
Mißtrauensantrag zum Ausdruck gebracht haben, wird die  
Abstimmung zum 6. März zurückgestellt.

Zum Schluß genehmigt das Haus noch die Strafs-  
folge der Hg. Dr. Ley und Kaufmann.

Nächste Sitzung: Sonnabend.



Schloß Limburg an der Lahn niedergebrannt.

Das aus dem 13. Jahrhundert stammende historische  
Schloß, welches auf dem sogenannten Hohen Dom-  
felsen in Limburg a. d. Lahn liegt, ist nahezu voll-  
ständig niedergebrannt.

## Der grosse Karner

ROMAN WOLFGANG MARKEN

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG  
OSKAR MEISTER IN WERDAU (SA)

(72. Fortsetzung.)  
Dann verließ Hallenbach die Tribüne, ehe sich der Reichs-  
tag von seinem Erstausruhen erholt hatte.  
Hallenbachs Zwischenrede war in den Blättern die Sensa-  
tion des kommenden Morgens.

„Nach den Amorsälen!“ sagte Wladimir Michailoff zum  
Chaufeur. Er war mit Hallenbach nach Berlin gekommen  
und hatte sich von ihm getrennt, als Hallenbach zum Präsi-  
denten ging.

In den Amorsälen fand eine Versammlung der Deutsch-  
liberalen Partei statt, unter dem Motto: „Die Auswir-  
kungen von Karners Größenwahn auf die deutsche Volks-  
wirtschaft.“

Wladimir betrat den Saal, der dicht gefüllt war.  
Er blieb an der Tür stehen, sah auf das Programm und  
lauchte auf den Redner.

Die Stimme kam ihm so bekannt vor! Aufmerksam  
betradete er den Redner. Es war ein Mann Ende Dreißig  
mit blondem Haar, das seinem Gesicht einen freistän-  
digen Ausdruck verlieh.

Wer war der Rurche, der sich vermaß, Herrn Karners  
großen Gedanken so ins Lächerliche zu ziehen? Michailoff  
überlegte, nach nach, bis ihm plötzlich die Erläuterung kam.  
An den Augen erkannte er ihn. Es war Maxim Donell.  
Diese Entdeckung machte ihn einen Augenblick bestürzt.  
Dann riß er sich zusammen.

„Berzeigung, wer ist der Redner?“ fragte er den Portier.  
„Doktor Süßling! W ja, jo heeßt'r. Ein Redakteur und  
Schriftsteller.“

Wladimir lockte das Blut. Am liebsten wäre er vor-  
getreten und hätte ihn vor allen Leuten entlarvt. Aber er  
begwang sich. Er dachte daran, daß er den Mann vor sich  
hatte, durch dessen Schuld jetzt Karner trant und sich war.  
Er verließ den Saal, trat in die Gaststube und schrieb auf  
einen Zettel:

„Sehr geehrter Herr Doktor! Die Ortsgruppe der  
Deutsch-liberalen Partei in Köpenick hält heute  
eine Verammlung ab. Würden Sie geneigt sein, noch  
heute abend dort zu sprechen? Wenn ja, dann hole ich  
Sie um neun Uhr abends im Hotel oder hier ab. Bitte  
geben Sie mir Antwort durch den Boten.“  
Walter Selle.“

Würde es klappen oder nicht?  
Sagte Donell-Süßling schriftlich durch den Boten zu, dann  
... konnte Wladimirs Plan gelingen, kam er selber ...  
dann war verspielt. Denn dann erkannte ihn Donell.

Durch einen Kellner sandte Wladimir den Zettel in den  
Saal.  
Und es glückte! Der vielbeschäftigte Donell sandte einen  
Zettel, auf dem zu lesen stand: „Holen Sie mich punkt neun  
Uhr vom Hotel „Grzesloff“ ab.“ Dr. Süßling.“

Zeit rasch zu Hallenbach, der ihn hierhergeschickt hatte,  
und den er im Zentralthotel wieder treffen wollte.

Hallenbach nahm, von allen bewundert und angestaunt,  
im Konferenzzimmer des Zentralthotels Platz. Er wollte  
einige Briefe schreiben.

Witten im ersten Brief hörte ihn der Kellner.  
„Berzeihen Sie, Herr Generaldirektor. Sie werden um  
eine Unterredung gebeten.“  
„Wer?“

Der Kellner deutete auf das verschlossene Kuvert, das er  
vor ihn hingeliegt hatte.  
Hallenbach erbrach es und las: „Karmajoff.“  
Hälal Der Rufel! Das war interessant! Was wollte der  
von ihm?

„Bitte, führen Sie den Herrn zu mir!“  
„Sehr wohl, Herr Generaldirektor!“ Der Kellner eilte  
dabon.

Nach wenigen Augenblicken hand der lange, schmachtige  
Russe, Karmajoff, der Leiter von Rußlands Außenpolitik,  
vor ihm.

Die beiden Männer grüßten sich ernst.  
„Ich hörte durch einen Zufall, daß Sie in Berlin sind,  
Herr Hallenbach. Ich hörte Ihren Zwischenruf im Reichs-  
tag und bin Ihnen dann mit meinem Wagen gefolgt. Ich  
freue mich, Sie hier zu treffen.“

Hallenbach verbeugte sich leicht. Er hatte kein Bedürfnis  
zu sprechen.  
„Im Reichstag ist,“ fuhr der Russe fort, „wie mir eben  
berichtet wurde, ein Antrag des Abgeordneten Cammers

durchgegangen, der verlangt, die Regierung zu erlöchen,  
durch Volksabstimmung über das englische Ultimatum ent-  
scheiden zu lassen. Ich glaube, daß es Ihre Regierung tun  
wird.“

Hallenbachs Interesse wuchs.  
„Und?“  
„Glauben Sie, daß das deutsche Volk hinter Herrn Karner  
steht, das Volk, dem man jetzt einhämmert: wir müssen nur  
einen Druck auf Karner ausüben, dann gibt er nach? Diese  
gefährliche Lüge dringt von einem zum anderen. Aber ich  
glaube, daß in Herrn Karner der Welt ein Mann erstanden  
ist, der über allen steht, ein Mann, der nicht nachgibt.“  
Der Russe sprach begeistert. Hallenbach sah ihn dank-  
bar an.

„Sie sagen es, wie es ist, Herr Karmajoff!“ sagte er dann  
ernst. „Ich vermag auch kaum zu glauben, daß unter Volk  
die Kraft hat, der Beemstufung, die unter Einlas riesiger  
Gelder seitens England eingeleitet hat, zu widerstehen. Und  
... es geht ja nicht ums eigene Ich. Wenigstens nicht direkt.  
Der Egoismus ist stärker denn je. Man redet ihnen so schön  
zu: „Karner muß nachgeben. Er darf als Einzelner den  
Aufstieg Deutschlands nicht aufhalten. Seine gegen ihn und  
Ihr werdet ihm umstimmen! Herr Karner enthält sich ja leider  
jeder Beeinflussung.“

„Und doch wird Karners großes Werk nicht scheitern.“  
„Nein!“ sagte Hallenbach. „Das Dröhnen unserer  
Maschinen kann fernrummen, aber nie wird Karner von  
seinem Weg abgehen.“

„Was aber wird werden, wenn Ihre Regierung ... Herrn  
Karner mit Gewalt zwingen wird?“  
„Ich weiß es nicht!“

„Rußland wartet auf Karner!“ sagte Karmajoff sehr.  
Hallenbach sah ihm voll ins Gesicht.

„Das Rußland von heute ist nicht mehr das Rußland  
von gestern. Das ist uns, besonders Herrn Karner, sehr  
wertvoll. Wir begrüßen es, daß Sie von der autoritären  
Volksregierung zu einer vernunftgemäßen, ausgleichenden  
Staatsform gekommen sind. Wenn Herr Karner Sie um  
Gastfreundschaft bittet, Herr Karmajoff? Wie stellen Sie  
sich dazu? Verstehen Sie mich richtig; um bedingungslose  
Gastfreundschaft? Herr Karner hat Vertrauen zu Rußland.“

Karmajoff stand erregt auf und sagte leidenschaftlich:  
„Wir bieten sie Herrn Karner! Die russische Regierung wird  
Herrn Karner in keinen Beschlüssen nicht drängen, und  
wir wollen sehr wohl, daß wir Herrn Karner nie zwingen  
können. Wir haben Vertrauen zu ihm!“

(Fortsetzung folgt.)

Die nachfolgenden Seiten der Nr. 27  
wurden aus dem Band  
herausgerissen